

Neue

Freie Zeitung

Nr. 7 · Freitag, 16. Februar 2018

€ 0,80

Österreichische Post AG
WZ 020302878 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359
Retouren an Postfach 100, 1190 Wien

Burgenland will Fortsetzung der Grenzkontrollen!

Im November will Brüssel die Grenzkontrollen zu den EU-Ländern Slowakei und Ungarn beendet wissen. Aber die burgenländische Landesregierung will von Wien und Brüssel eine Verlängerung der Sicherheitsmaßnahme einfordern, erklärt FPÖ-Landesparteichef Johann Tschürtz. **S. 13**



Foto: FPÖ Burgenland

Meinungsmacherei mit „Fake-News“

ORF versuchte, mit manipuliertem Bericht die Tiroler Landtagswahl zu beeinflussen **S. 2/3**



Rote Besitzansprüche in ÖBB gehen zu Ende!

Verkehrsminister Norbert Hofer wechselt ÖBB-Aufsichtsrat aus – **S. 4/5**

PARLAMENT

Asylwesen entlasten

Drei weitere Länder, aus denen zuletzt verstärkt Asylwerber nach Österreich kamen, werden als sichere Herkunftsländer eingestuft. Damit verlieren illegal eingewanderte Personen aus diesen Ländern die Möglichkeit, über das Asylrecht einen Aufenthalt zu erlangen. **S. 6**

AUSSENPOLITIK

Treten oder umfallen

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker tritt wieder in die Pedale und macht Tempo bei der EU-Erweiterung. Jetzt sollen Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien bis 2025 EU-Mitglieder werden. **S. 8/9**

WIEN

Bauherren-Blamage

Der von der FPÖ initiierte Prüfbericht des Rechnungshofes zum Krankenhaus Nord liegt jetzt vor. Dieser attestiert dem Bauherrn, dem Krankenanstaltenverbund der Stadt Wien, totales Versagen. Die FPÖ fordert politische und strafrechtliche Konsequenzen. **S. 11**

MEDIEN

Wahl-Manipulation

Mit einem manipulierten Bericht versuchte das Landsstudio Tirol, die Landtagswahl am 25. Februar zu Ungunsten der FPÖ zu beeinflussen. Nachdem der Skandal aufflog, gab es nicht einmal eine Entschuldigung von Seiten des Zwangsgebührensenders. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Dem ORF ergeht es wie der SPÖ und den Grünen, allen dreien laufen die Österreicher in Scharen davon. Lag der Marktanteil des ORF-Fernsehens bei der blau-schwarzen Koalition 2000 noch bei 52 Prozent, so überwindet sich heute unter deren türkis-blauen Nachfolger nicht einmal mehr jeder dritte Österreicher zu dieser Art des Patriotismus.

ORF-Dämmerung

Bei den Radioprogrammen stürzte der ORF von 83 Prozent 2003 auf nunmehr 61 Prozent ab. Steil aufwärts ging es hingegen bei den Zwangsgebühren, die seit 2000 um rund ein Drittel erhöht wurden.

Ähnlich wie Rot-Grün versucht auch der ORF, den verlorenen Boden mit FPÖ-Verunglimpfungen wieder gutzumachen. Dabei wird nicht einmal vor primitivsten Manipulationen zurückgeschreckt.

Sich dafür zu entschuldigen, wenn diese aufgedeckt werden, kam weder den hohen Herrn am Küniglberg noch den verantwortlichen Damen im Land Tirol in den Sinn.

Wer in einem derart linksge-drillten Moralfeschismus schmort, sieht sich über jede Rechtsnorm und schon gar über das Objektivitätsgebot erhaben, wenn es gilt, Sendungsbewusstsein zu zeigen und diesen dummen Bürgern die Freiheitlichen auf einem braunen Präsentierteller zu servieren.

Einen Querschnitt der Meinungen der Österreicher repräsentieren Herren und Damen im ORF schon lange nicht mehr. Weshalb sollen sie dann noch die GIS von allen Österreichern erhalten?

Deren Steichung oder Kürzung wäre auch ein Beitrag zur Einlösung des Wahlversprechens zur Verringerung der Abgabenlast.

Für „Fake-News“ auch noch

Nach der Häufung von plumpen Anti-FPÖ-Berichten im ORF fordert FPÖ

Mit dem manipulierten Bericht in der „Tirol heute“-Sendung am Samstag erreichte die mit der Regierungsbeteiligung gestartete Anti-FPÖ-Kampagne des ORF ihren bisherigen Tiefpunkt. Sollen die Österreicher mit ihren GIS-Zwangsgebühren weiterhin für „Fake-News“ in einem staatlichen Sender zahlen?

Zwei Tage nach dem Landtagswahlauftakt der FPÖ-Kärnten bringt der ORF in der Hauptnachrichtensendung „ZiB1“ am folgenden Sonntag die Falschmeldung, dass gegen den ehemaligen Landeshauptmann und BZÖ-Chef Gerhard Dörfler Anklage wegen Amtsmissbrauchs erhoben worden ist.

Eine Serie von „Zufällen“

Wenige Tage vor der Niederösterreichwahl wird in den Nachrichtensendungen des ORF der FPÖ-Spitzenkandidat permanent in ursächlichem Zusammenhang mit dem „Liederbuchskandal“ seiner Burschenschaft gebracht, obwohl die Staatsanwaltschaft gegen vier andere Personen ermittelt, darunter einen SPÖ-Funktionär. Die Verhaftung eines anderen SPÖ-Mandatars wegen Verdachts des Kindesmissbrauchs, dessen Keller mit Nazi-Devotionalien vollgestopft war, wird erst nach der Wahl medial vom ORF in Kurzmeldungen präsentiert.

Und ein Verkehrsminister Norbert Hofer ist der „ZiB1“-Redaktion noch immer nicht bekannt, wie sie mit ihrem „Bericht“ über den Münchner Transit-Gipfel zwischen Hofer und seinem deutschen Kollegen belegte. In dem wurde Hofer

nämlich bildlich wie wörtlich aus dem Treffen wegretouchiert.

Und dann letztes Wochenende, 14 Tage vor der Tiroler Landtagswahl, wird dem FPÖ-Spitzenkandidaten in einem manipulierten Bericht des ORF-Landesstudios unterstellt, antisemitische Sprüche eines Tirolers während eines Wahlkampfauftritts in Innsbruck geduldet zu haben.

Selbst im korrigierten Bericht wird der Mann noch immer als „FPÖ-Fan“ vorgestellt, obwohl er mit keinem Wort dies zum Ausdruck bringt oder gar die Freiheitlichen auch nur einmal erwähnt. Ja, es gab kein Wort der Entschuldigung, der ORF-Fehler wird gar nicht erwähnt.

Groteske ORF-Darstellung

Das Ganze wurde als eingeforderter Bericht einer beleidigten FPÖ dargestellt, damit diese und FPÖ-Landeschef Markus Abwerzger sich von dem antisemitischen Spruch eines angeblichen FPÖ-Sympathisanten nachträglich distanzieren könne. Wörtlich sagt die Moderatorin vor Ausstrahlung des Berichts: „Die Tiroler FPÖ sah sich durch einen Schnitt in diesem Tirol-heute Beitrag missverständlich und unvollständig präsentiert.“

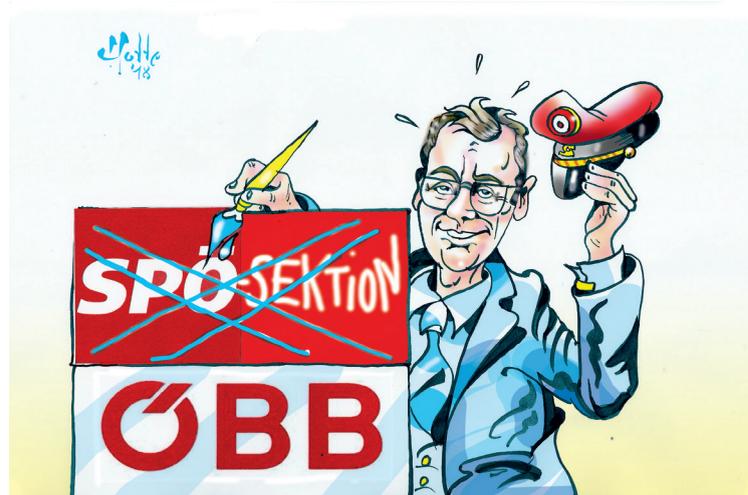


Foto: M. W. / NZ

Braucht es angesichts der Medienvielfalt auch noch „Fake-News“ produziert? F

Diese Präsentation holen wir nach und Markus Abwerzger distanziert sich heute im Tirol-heute-Interview von den Aussagen des FPÖ-Fans.“

„Das ist sogar für ORF-Verhältnisse ein noch selten dagewesener Tiefpunkt“, bemerkte dazu FPÖ-Chef HC Strache bei seiner traditionellen Aschermittwoch-Rede in Ried: „Und dafür soll man noch Gebühren zahlen? In ORF 1 gibt's den ganzen Tag Wiederholungen von amerikanischen Fernsehserien, und in ORF 2 dürfen einige Redakteure ihre politischen Vorlieben ungeniert ausleben.“



SPITZE FEDER Norbert Hofers „Rückverstaatlichung“ der ÖBB.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW

IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

h GIS zahlen?

Diskussion über Ende der Zwangsgebühren



...halt noch einen mit Zwangsgebühren finanzierten Staatssender, der dann FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky plädiert für die Abschaffung der GIS.

Nicht minder empört reagierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky auf die plumpe Manipulation des Tiroler ORF-Landesstudios und dessen groteske Berichtigung: „Derart Schabiges ist wirklich ein unikates Machwerk gerade für einen öffentlich-rechtlichen Sender.“

Wozu eigentlich ORF-Gebühr?

Für den FPÖ-Generalsekretär hat der ORF damit den Startschuss für eine umfassende Debatte über die Zwangsgebühren gestartet: „Es ist aus unserer Sicht nicht mehr zulässig, dass man Monat für Monat

die Hand aufhält für eine Berichtserstattung, wo immer weniger Sehern immer mehr Manipulationen präsentiert werden. Wir sollten jetzt auch über eine freie Medienzukunft abseits der Zwangsgebühren diskutieren.“

Der ORF-Redateursrat, der zu den erwähnten Vorfällen eisern geschwiegen hatte, äußerte sich dazu in einer peinlichen Aussendung: „Wir wollen daher beim nächsten Redateursausschuss eine Arbeitsgruppe einsetzen, die Leitlinien für den Umgang mit journalistischen Fehlleistungen erarbeitet.“

KURZ UND BÜNDIG



Gratulation zu Goldmedaillen

Österreichs Wintersportfreunde und Sportminister HC Strache (Bild) hatten diese Woche gleich zweimal Grund zum Jubeln. David Gleirscher hat für die erste österreichische Goldmedaille in einem Rodel-Einsitzerbewerb der Herren seit 50 Jahren gesorgt und Marcel Hirscher gewann die Alpinkombination der Herren. „Ich gratuliere den beiden Athleten zu ihren Erfolgen, und ich bin überzeugt davon, dass noch viele weitere für unser Österreich folgen werden“, spornte HC Strache Österreichs Olympiateilnehmer an.

Berittene Polizei ist bewährt

Die Kritik an der von Innenminister Herbert Kickl geplanten berittenen Polizei wies der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus als unverständlich zurück: „Ich selbst konnte in New York, Paris, Hamburg oder Rosenheim berittene Polizei bei ihrer Arbeit beobachten und muss dazu sagen, dass diese in der Bevölkerung sehr gut angenommen wird.“ Und in allen Städten, in denen berittene Polizei eingesetzt wird, werde aus vielerlei Gründen angedacht, diese zu verstärken und auszubauen.



Kein „Frauen“volksbegehren

FPÖ-Frauensprecherin Carmen Schimanek (Bild) wird das diese Woche gestartete „Frauenvolksbegehren“ nicht unterstützen, da die Initiatorinnen weit über das Ziel hinauschießen: „Es ist sehr schade, dass die Frauen wieder einmal vor den Karren gespannt werden, um die Gender-Diktion vom äußersten linken Rand durchzudrücken.“ Eine „queere Pädagogik“, die auf die Gleichmacherei von Buben und Mädchen abzielt, hat mit vernünftiger Frauenpolitik gar nichts zu tun. Ebenso lehnte Schimanek die geforderten „Frauen-Zwangsquoten“ ab: „Eine Zwangsbeglückung schadet den Frauen mehr als sie hilft.“



AUFSTEIGER ↗



FPÖ-Infrastrukturminister **Norbert Hofer**, der unbeirrt vom Wehklagen der SPÖ-Besitzstandswahrer mit dem Postenschacher der Genossen in den ÖBB aufräumt und den Aufsichtsrat dementsprechend personell umorganisiert.

ABSTEIGER ↘



SPÖ-Chef **Christian Kern**, der sich nach dem Parteizuspruch zu seinem mickrigen Klubchefgehalt doch wieder einen Skiurlaub am Arlberg gönnen konnte. Bei seinen 700.000 Euro als ÖBB-Chef war das noch ein Leichtes für ihn.



BILD DER WOCHE Als „Rosenkavaliere“ präsentierten sich HC Strache und Norbert Hofer am Valenstinstag ihren Mitarbeiterinnen.

ÖBB war rotes Personalversorgungsunternehmen

Im NFZ-Interview weist der vormalige FPÖ-Verkehrssprecher Gerhard Deimek die Vorwürfe der „Freunderlpolitik“ gegen Norbert Hofer zurück und erinnert an die Umfärbeaktionen unter den roten Verkehrsministern und deren Folgen für die ÖBB.

Herr Abgeordneter Deimek, was sagt der langjährige FPÖ-Verkehrssprecher und ÖBB-Kenner zum Vorwurf des „blauen Postenschachers“ bei den ÖBB?

Deimek: Erstens hat der Verkehrsminister als Eigentümervertreter das Recht, im Aufsichtsrat Personen seines Vertrauens zu platzieren. Davon macht er Gebrauch und setzt zweitens auch Leute ein, die Erfahrung in dem Bereich haben. Und drittens tut er das weniger einschneidend, als es die SPÖ-Verkehrsminister vorher betrieben haben, die vorrangig ihrer Partei damit eine Personalversorgungsmöglichkeit bei den ÖBB eröffnet haben. Und das zum Teil im exzessiven Ausmaß.

Haben Sie dafür auch ein Beispiel parat?

Deimek: Das beste ist wohl die Ära Faymann, in der in den Chefetagen der ÖBB praktisch kein Stein auf dem anderen blieb. So hat er 2007 den Vorstand der ÖBB-Holding um die beiden SPÖ-nahen Manager Peter Klugar und Gustav Poschalko verdoppelt. Klugar hatte das bisher größte Regionalbahnschließungsprogramm durchgeführt. Weil er Rückhalt in der SPÖ hatte, lief das für Außenstehende überraschenderweise auch ohne Protest der Eisenbahner ab. Poschalko war für den Kauf der Rail Cargo Ungarn verantwortlich, bei dem 6,66 Millionen Euro an einen ungarischen Lobbyisten flossen. Aber auch unter Verkehrsministerin Doris Bures und ÖBB-Chef Christian Kern – dessen Jahresgehalt 2014 auf über 700.000 Euro fast verdoppelt wurde – hat die Schaffung von Versorgungsstellen für Parteifreunde ihren munteren Fortgang gefunden. So hat die von ihm geholte Valerie Hackl die Fernbus-Tochter „Hellö“ in

den Sand gesetzt, die nach nicht einmal einem Jahr verkauft wurde. Ein beliebtes Auffangbecken war der Bereich „Kommunikation“, wo man den Ex-Pressesprecher von Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Niko Pelinka, oder Sven Pusswald, den von Alfred Gusenbauer, unterbrachte.

Den von Hofer nominierten Personen wird aber wenig Vertrauen entgegengebracht.

„Unter Faymann blieb bei den ÖBB kein Stein auf dem anderen.“

Deimek: Das ist ein politisches Spielchen. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende Arnold Schiefer ist fachlich ein ÖBB-Urgestein, der in acht Jahren – unter roter Ägide! – bis zum Vorstandsdirektor bei der Rail Cargo Austria AG aufstieg. Er hat unter anderem verhindert, dass der Kauf der ungarischen Güterbahn MAV Cargo in einem Milliardenesaster geendet hat. Monika Forstinger hat als zuständige Ministerin den ersten Generalverkehrsplan ausgearbeitet, in dem Schiene, Straße und auch Wasserwege eingebunden waren. Sie war danach als Unternehmensberaterin äußerst erfolgreich aktiv. Und Norbert Gugerbauer ist ein angesehener Jurist im Wettbewerbsrecht, das er in Wien, St. Gallen und seit 2006 an der Universität Linz lehrt. Das sind keine blauäugigen Anfänger, die Norbert Hofer da in den Aufsichtsrat holt.



Personalpolitik mit dem Preßlufthammer betrieb wenig später über eine 800.000-Euro-Abfertigung

Roter Personalparade Die Umbesetzung des ÖBB-Aufsichtsrates trifft die

Jetzt wird alles in einer unerträglichen Form umgefärbt“, empörte sich die scheidende ÖBB-Aufsichtsratschefin Brigitte Ederer über die Personalpläne von Infrastrukturminister Norbert Hofer. Dabei hat sie bis zur letzten Minute noch selbst Genossen auf Posten verholfen.

„Das ist ja wohl übelste Postenschacherei, die die FPÖ und Norbert Hofer da betreiben“, bediente der EU-Redakteur des „Standard“, Thomas Mayer, mit einem Schnellschuss die linksgedrillte Journalistenblase auf Twitter.

Hätte er sein Erinnerungsvermögen, das er lediglich mit dem Nebensatz „ausgerechnet jene, die das immer bei SPÖ und ÖVP angeprangert haben“ zu Tage förderte, etwas mehr oder sich gar der Recherche bemüht, hätte er erkennen können, dass Hofer von seinem Recht als Eigentümervertreter, den Aufsichtsrat mit Personen seines Vertrauens zu besetzen, im Gegensatz zu seinen SPÖ-Vorgängern geradezu mit Sorgfalt Gebrauch machte.

Ederers „Abschiedsgeschenke“

Denn unter Aufsichtsratschefin Brigitte Ederer gingen in den Wochen nach der Wahl noch einige besonders rasche Postenbesetzungen oder Vertragsverlängerungen über die Bühne.

So wurde noch im Dezember der Vertrag von Andreas Zwerger als Geschäftsführer der ÖBB-Tech-

nische Services GmbH verlängert oder die Funktion eines zweiten Geschäftsführers für die ÖBB-Reinigungs- und Sicherheitsfirma Mungos ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt übrigens Fabian Fußeis, der langjährige Büroleiter von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger. Jenes Alois Stöger, der Hofers Aufsichtsratspläne hart kritisierte, weil dieser „Parteifreunden mit regierungsnahen Spitzenposten zu versorgen“ gedenke.

Aber Aufsichtsratschefin Ederer sorgte vor ihrem absehbaren Abgang dafür, dass ihr ehemaliger Arbeitgeber Siemens nicht ganz blind bei seinem Großkunden ÖBB dastehen wird: Per 1. Jänner ist Sandra Gott-Karlbauer neue Leiterin der Strategischen Unternehmensentwicklung. Zuletzt war sie bei Siemens ChefIn des Bereichs Urban Transport.

Faymanns „roter Durchgriff“

Auch beließ es ein Werner Faymann nicht nur bei einem Wechsel des Aufsichtsrates, sondern öffnete der SPÖ-Personalreserve die gesamte ÖBB. Was zur Folge hatte,



Ex-SPÖ-Verkehrsminister Werner Faymann – im Bild links, mit Bürgermeister Michael Häupl (l.) und dem vorzeitig freigestellten damaligen ÖBB-Chef Martin Huber (Bildmitte).

Platz auf Staatskosten

Die SPÖ im lukrativsten Kern, den Versorgungsposten für Parteigänger

dass Manager mit Abschlagszahlungen in Höhe von einigen hunderttausend Euro ihre Plätze räumen mussten.

Kostspielige Manöver

Am delikatesten wohl die „Affäre Wilhelmine Goldmann“, die ÖBB-Nahverkehrschefin, der die Verwendung betrieblicher Mittel – ein Büro – für deren Verein „Opernwerkstatt“ vorgehalten wurde. Die vorzeitige Vertragsauflösung der SPÖ-nahen Managerin ließ der von Faymann geholte Holding-Chef Horst Pöchhacker den ÖBB generös 720.000 Euro kosten.

Auch flossen unter Pöchhacker

und seinen SPÖ-Vorständen bei dem für die ÖBB zunächst desaströsen Kauf der ungarischen MAV Cargo 6,6 Millionen Euro an einen „Lobbyisten“, der hernach nie mehr aktiv oder gesehen wurde. Hinter dem Lobbyistenlohn vermutete die Korruptionsstaatsanwaltschaft jedoch Rückflüsse nach Österreich, in Parteikassen. Der Prozess endete mit Freisprüchen, da der Kronzeuge für die heimische Justiz unauffindbar war.

Saniert hat die MAV Cargo übrigens der jetzt von Norbert Hofer zum ÖBB-Aufsichtsratschef nominierte Arnold Schiefer.

Unter Verkehrsministerin Do-

ris Bures und ihrem ÖBB-Chef Christian Kern gab es die höchsten Marketing- und Werbeausgaben sowie den heftigsten parteipolitischen Einfluss im Unternehmen. Die Kommunikationsabteilung der ÖBB war damals quasi ein Staubsauger, mit dem ehemalige Sprecher von abgetretenen SPÖ-Politikern ins Unternehmen inhaliert wurden, erinnert der damalige FPÖ-Verkehrssprecher Gerhard Deimek.

Kerns „Managerqualitäten“

„Fachlich trat Stillstand ein, manchmal sogar Verschlechterungen, die kaschiert wurden“, bemerkte Deimek. Prominentester Kritiker Kerns war der rote Postbus-Betriebsratschef Robert Wurm, der dem ÖBB-Chef vorwarf, mit seinen Leuten das Unternehmen zu übernehmen und zu ruinieren.

Kern betrachte die ÖBB quasi als „Staat im Staat“, er agiere „schlimmer, als die schwarz-blaue Regierung“ es je getan habe, polterte Wurm. Denn Kern versuche „überfallsartig“, ohne Ausschreibungen, Personaländerungen beim Postbus-Management durchzudrücken und würde nicht einmal versuchen, bei der Auswahl der Manager den Schein zu wahren, wirklich nach den fähigsten Köpfen zu suchen.



Christian Hafenecker
FPÖ-Verkehrssprecher

Die ÖBB-Neubesetzungen mit höchst kompetenten und erfahrenen Persönlichkeiten sind nicht nur ein wichtiger Schritt hinsichtlich der Vertrauensbildung bei den Bundesbahnen, sondern auch ein Garant dafür, dass in diesem Gremium die bestmöglichen Entscheidungen für das Unternehmen ÖBB und damit für eine zentrale Säule der österreichischen Verkehrsinfrastruktur getroffen werden.

Mehr Ehrlichkeit

Für eine erfolgreiche Zukunft der ÖBB, dem größten und wichtigsten Infrastruktur-Unternehmen des Landes, ist es wichtig, dass alle führenden Kräfte an einem Strang ziehen und gegenseitiges Vertrauen besteht. Dafür hat Infrastrukturminister Norbert Hofer nun die richtigen Weichen gestellt.

Ich fordere sowohl von den Medien als auch von den politischen Mitbewerbern Ehrlichkeit und keine Scheinheiligkeit in dieser Debatte ein.

Wo war der mediale Aufschrei, als der Aufsichtsrat der ÖBB zuletzt unter der Ex-SPÖ-Politikerin Brigitte Ederer bis auf einen ÖVP-Vertreter ausschließlich nur noch aus der SPÖ zuzurechnenden Personen bestand?

Jetzt, wo durch die freiheitliche Regierungsbeteiligung auch Personen aus dem FPÖ-Umfeld vom Infrastrukturminister völlig legitim in dieses Gremium entsandt werden und die SPÖ auch weiterhin mit vier Personalvertretern dort repräsentiert ist, einen Wirbel zu schlagen, ist entlarvend und steht beispielgebend für die fehlende politische Kultur der SPÖ.

Ich appelliere an alle, die handelnden Personen an ihrer Leistung zu messen und hoffe, dass auch Frau Ederer diese Vorgangsweise akzeptiert.



Auch Ex-Verkehrsministerin Doris Bures zeigte sich generös und verdoppelt des Gehalt von ÖBB-Chef Christian Kern auf 700.000 Euro.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

In der vergangenen Plenarwoche hatte ein Freiheitliches Regierungsmitglied seine erste Dringliche Anfrage über sich ergehen zu lassen. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein hatte sich den Fragen der Abgeordneten zu stellen.

Und zwar jener des Bundesrates wohlgemerkt. Denn auch die Länderkammer bringt dieses Rechtsinstrument immer wieder zum Einsatz. Das Spannende dabei ist, dass das Einbringen einer solchen Anfrage erst am Beginn einer Sitzung bekanntgegeben werden muss.

Konsequente FPÖ

Für das Regierungsmitglied bedeutet eine solche Dringliche Anfrage, dass sein gesamter Terminplan umgestoßen wird; für die Abgeordneten bedeutet sie, dass sich die Sitzung verlängert.

Wie auch immer, diesmal ging es um die Aussetzung der „Aktion 20.000“, eine Subventionierung von künstlich geschaffenen Interimsarbeitsplätzen. Dass die FPÖ jetzt bei der Aussetzung mitmacht, ist logisch, zumal wir bereits die Einführung dieser Aktion abgelehnt hatten.

„Der Beschäftigungsbonus ist, genauso wie die ‚Aktion 20.000‘, letztlich eine Mogelpackung. Damit wollen sich Kern und Co. offensichtlich von der Verpflichtung freikaufen, die Einwanderung in den Arbeitsmarkt und den Verdrängungswettbewerb zu stoppen und die heimischen Unternehmen insgesamt nachhaltig zu entlasten“, warnte im Mai 2017 der damalige FPÖ-Sozialsprecher und Generalsekretär Herbert Kickl.

Er hat dem entsprechenden Ministerratsvortrag jetzt konsequenterweise zugestimmt.

SICHERHEITSPOLITIK

Datenschutzrat konstituiert

Aufgrund der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 war die Neubesetzung der von den Parteien in den Datenschutzrat zu entsendenden Mitglieder notwendig. Von der ÖVP wurden vier Vertreter, von der SPÖ drei Vertreter, von der FPÖ, den NEOS und der Liste PILZ jeweils ein Vertreter in den Datenschutzrat entsandt. Präsident bleibt der SPÖ-Abgeordnete Johann Maier, seine Stellvertreter sind Gerhard Baumgartner (ÖVP) und Werner Herbert (FPÖ, Bild).



SOZIALPOLITIK

Enquete zu Armut

Der Bundesrat hält am 14. März eine parlamentarische Enquete zum Thema Armut ab. Unter dem Titel „Älter, jünger, ärmer? Zukunftsstrategien gegen Armut in Kindheit und Alter“ werden Experten mit Abgeordneten diskutieren. Eröffnet wird die Enquete um 10.00 Uhr, sie ist für die Öffentlichkeit zugänglich.

Volksanwaltschaft: Kritik an Personalmangel

Misstände in Heimen, Krankenhäusern und Polizeianhaltezentren

In 83 Prozent der 2016 von der Volksanwaltschaft kontrollierten Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern, Psychatrien oder Polizeianhaltezentren wurden Defizite aufgedeckt.

Der Bundesrat diskutierte vergangene Woche nicht nur gravierende Misstände in Pflegeheimen, sondern auch den generell im Tätigkeitsbericht der Volksanwaltschaft aufgezeigten groben Personal- und Ärztemangel.

Verständnis für Beamte

FPÖ-Bundesrat Michael Raml sprach sich für ein Modell des Beratens statt Strafens aus. Der Bericht sei durch zahlreiche schlimme Einzelschicksale geprägt, betonte Raml, dennoch könne Ös-



Volksanwaltschaft beklagt Personalmangel in Pflegeheimen.

terreich stolz auf seine solide, gute Verwaltung sein. „Auch öffentlich Bedienstete haben Rechte bei der Durchführung schwieriger Dienste, deshalb müsse man auch Verständ-

nis für Maßnahmen der Beamten haben, die oftmals im Zuge ihres Dienstes nicht nur beschimpft, sondern auch physisch angegriffen werden“, erklärte Raml.

Bundesrat: Mehr Kontrolle des EU-Budgets

Auf Basis des jüngsten Berichts des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) forderte der Bundesrat letzte Woche eine verstärkte Kon-

trolle des EU-Haushalts. Dies vor dem Hintergrund der steigenden Ausgaben Brüssels, die vermehrt nicht mehr im offiziellen Budget aufscheinen, sondern in „Satellitenbudgets“, zu denen der EU-Rechnungshof schwere Bedenken anmeldete.

Zwar sei die Fehlerquote von 4,4 Prozent im Jahr 2014 auf 3,1 Prozent im Jahr 2016 gesunken. Aber bei einem Budget von 136,4 Milliarden Euro seien das immerhin noch 4,1 Milliarden Euro, die irgendwo versickern würden, merkte der Bericht des EuRH an.

In der Debatte der Länderkam-

mer stieß der Bericht des Europäischen Rechnungshofs auf uneingeschränkt positives Echo. Der Vorarlberger FPÖ-Bundesrat Christoph Längle plädierte für eine Ausdehnung der Prüfungsbefugnisse des Europäischen Rechnungshofs auf sämtliche ausgelagerten Bereiche: „Jeder europäische Bürger hat das Recht, zu wissen, wohin sein Steuergeld fließt.“

In diesem Zusammenhang wies der FPÖ-Bundesrat vor allem auf die nach wie vor hohe Fehlerquote bei Förderungen für Landwirtschafts- und für Asylprojekte in der Union hin.



Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONS

Drei weitere sichere Herkunftsländer

Für illegale Einwanderer aus der Ukraine, Armenien und Benin entfällt damit das Asylrecht

Während die Zahl der Asylwerber aus echten Krisengebieten zurückgeht, steigt sie aus Ländern, in denen es keine Verfolgungsgründe gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention gibt. Diese illegalen Einwanderer verursachen ungerechtfertigte Kosten im Asylwesen.

Neben der großen Zahl an Asylwerbern, die etwa aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan nach Österreich kommen, konnte festgestellt werden, dass trotz Rückgangs der Asylantragszahlen insgesamt die Antragszahlen einzelner Herkunftsstaaten im Steigen sind oder sich auf konstant hohem Niveau bewegen. Darunter sind Staaten, bei denen keine Verfolgungshandlungen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) oder der EU-Status-Richtlinie zu erwarten sind.

„Gerade Bürger dieser Herkunftsstaaten nutzen die Situation, um die geltenden Beschränkungen des Niederlassungs- und Aufenthaltsrechts durch eine Asylantragsstellung zu umgehen, obwohl

die Anerkennungszahlen dieser Herkunftsstaaten seit Jahren sehr gering sind. Dies zieht eine enorme Belastung unseres Asylsystems nach sich“, erklärte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl.

Asylwesen entlasten

So kamen aus der Ukraine im Vorjahr 484 Asylwerber (fast ein Drittel mehr als 2016), aus Armenien 221 und aus dem westafrikanischen Benin 22 (zwei Drittel mehr als 2016). Aber alle mit nahezu null Anerkennungschancen, wie Kickl anmerkte.

Denn in diesen Herkunftsstaaten sind weder Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, noch Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen



Innenminister Herbert Kickl entlastet das Asylwesen.

eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts zu befürchten. „Daher werden jetzt neben den Westbalkanstaaten – die derzeit als EU-Beitrittskandidaten auftreten – auch Ghana, Algerien, Tunesien, Georgien, Mongolei und

Marokko in den Status als sicheres Herkunftsland eingestuft“, betonte der FPÖ-Innenminister. Damit könnten die Effizienz des Asylsystems und die Ressourcen für jene gestärkt werden, die Schutz und Hilfe tatsächlich benötigen.

FPÖ gegen Antisemitismus und jeden Extremismus

Die FPÖ hat vergangenen Dienstag in ihrer „Rot-Weiß-Rot Erklärung“ klargestellt, dass sie sowohl Extremismus als auch Antisemitismus in jeglicher Form ablehnt. Vorgestellt wurde die Erklärung vom freiheitlichen Generalsekretär Harald Vilimsky und den beiden Klubobmännern Walter Rosenkranz und Johann Gudenus.

Der FPÖ-Bundesparteivorstand hat zudem einstimmig die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe und einer Historikerkommission beschlossen.

Die Koordinierungsgruppe, der FPÖ-Ehrenobmann Hilmar Kabas, die Wiener Stadträtin Ursula Stenzel, die Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, der Abgeordnete Harald Stefan, Klubdirektor Norbert Nemeth, der Historiker und FPÖ-Vorarlberg-Obmann Reinhard Bösch sowie der ehemalige EU-Mandatar Andreas Mölzer angehören, soll tagen, wenn die FPÖ oder ein Mandatar mit extremistischen Vorwürfen konfrontiert wird. Sie soll dem Vorfall ent-



Vilimsky präsentierte Erklärung.

sprechend agieren, aufklären und Empfehlungen abgeben.

Die Historikergruppe wiederum soll wissenschaftlich die Geschichte der FPÖ aufarbeiten. Als Vorsitzender wurde der ehemalige Dritte Präsident des Nationalrates und Verfassungshistoriker Wilhelm Brauner nominiert. Brauner werde ein Kernteam zusammenstellen, in dem auch Wissenschaftler eingebunden sein sollen, die der FPÖ kritisch gegenüberstehen, erklärte Vilimsky: „Es wird ein breiter Prozess der Aufarbeitung sein, ein erster Zwischenbericht der Historikergruppe ist für Oktober 2018 geplant.“

Meinungsaustausch zu Situation in Nahost



Der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus empfing zusammen mit Außenministerin Karin Kneissl vergangenen Dienstag den israelischen Abgeordneten der Regierungspartei Likud, Yehuda Glick.

Das Treffen mit dem israelischen Politiker sei „ein inander Kennenlernen“ gewesen, sagte die Außenministerin. Sie hätten „über verschiedenste Aspekte im

Nahen Osten und insbesondere in Israel gesprochen, auch über ‚alte Territorialfragen‘“. Die derzeitigen diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Israel kommentierte Glick mit Unverständnis: „Eine sehr absurde Situation, der Botschafter Österreichs in Israel kann alle unsere Minister treffen, aber seine Chefin wird von offizieller Seite boykottiert.“



Harald Vilimsky

EU-Kommission: Kleiner ist feiner

Noch sind es 15 Monate bis zu den nächsten EU-Wahlen im Mai 2019. Doch der Poker um Posten und Macht in der EU ist bereits eröffnet. Nächste Woche geht es beim EU-Gipfel unter anderem um das sogenannte Spitzenkandidaten-Modell: Die politische Gruppe, die bei den EU-Wahlen die meisten Stimmen bekommt, stellt mit ihrem Spitzenkandidaten auch den mächtigen EU-Kommissionspräsidenten. Das wurde erstmals bei den letzten EU-Wahlen 2014 so gemacht.

Nur ist diese Vorgangsweise in den EU-Verträgen nirgends vorgesehen und suggeriert den Wählern, dass die Kommission so etwas wie eine Regierung sei.

Apropos Kommission: Sehr wohl vorgesehen – und zwar in Artikel 17 der EU-Verträge – wäre eine Verkleinerung dieses Organs. Es besteht derzeit aus dem Kommissionspräsidenten und 27 Kommissaren. Jedes Mitgliedsland stellt einen Kommissar. Wobei manche sich zu Recht fragen, ob es wirklich 27 sinnvolle Aufgabenfelder gibt. Bei der nächsten Erweiterung (Stichwort Westbalkan) würde die Kommission noch weiter aufgeblasen.

In den EU-Verträgen wäre ab 2014 eine Verkleinerung auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten vorgesehen, was aber nicht passiert ist. Das wäre aber im Sinne von Sparsamkeit und Subsidiarität längst angebracht. Und es wäre endlich das umzusetzen, was auch in den EU-Verträgen steht.

Türkei kassiert Milliarden und schickt Einwanderer

Das Abkommen zwischen der Türkei und der EU über die Rücknahme von in Griechenland aufgegriffenen illegalen Einwanderern in die Türkei und die dafür vorgesehene Übernahme von Syrien-Flüchtlingen durch die EU funktioniert nicht.

Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung von Mitte Jänner sollen im vergangenen Jahr lediglich knapp 700 Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschickt worden sein, während gleichzeitig fast 40.000 Flüchtlinge über die Türkei nach Griechenland kamen oder in EU-Mitgliedstaaten umgesiedelt worden sein. „Bild“ berief sich auf Zahlen aus der EU-Kommission.

Maria Stavropoulou, die Ex-Leiterin der – als chaotisch organisiert geltenden – griechischen Asylbehörde, erklärte in einem Interview mit der griechischen Tageszeitung „Kathimerini“, dass zwischen März 2016 und November 2017 rund 2.000 Syrer in die Türkei zurückgebracht, im Gegenzug aber

rund 12.000 Syrer aus der Türkei in die EU gebracht worden seien.

Aber auch nach diesen Zahlen schickt die Türkei sechsmal so viele Syrer nach Europa, als sie zurücknimmt. Mit anderen Worten: Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die die treibende Kraft zu diesem Abkommen in der EU war, einmal mehr hinter das Licht geführt: Er kassiert Milliarden für Flüchtlinge, die er dann in die EU schickt.



Erdogan hat Merkel reingelegt.

EU-Kommissionschef wieder kräftig in d

Bis 2025 sollen die sechs Westbalkanstaaten Mit



Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini mit den „Problemkindern“ EU, die bis 2025 vollwertige EU-Mitglieder werden sollen. Eine wahre Sisyphus-

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien bis zum Jahr 2015 in die Union holen. Dieses „Ermunterungsdatum“ nannte der ehrgeizige EU-Chef letzte Woche bei der Präsentation eines neuen Strategiepapiers der EU-Kommission.

Europa ist wie ein Fahrrad. Hält man es an, fällt es um.“ Dieser berühmte Spruch des ersten europäischen Kommissionspräsidenten Walter Hallstein kommt einem immer dann in den Sinn, wenn Brüssel nach neuen Kompetenzen oder neuen Mitgliedern giert.

Das große Problem bei dem jetzt eröffneten Sisyphus-Projekt ist, dass diese sechs Länder untereinander oder mit einem EU-Staat im Streit liegen. Etwa der Konflikt zwischen Serbien und dem noch nicht einmal von allen EU-Staaten anerkannten Kosovo, oder der Namensstreit zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien.

Ungelöste politische Konflikte

Aber diese Konflikte sind Brüssel bekannt, kritisieren doch selbst die Autoren des Berichtes nicht wettbewerbsfähige Wirtschaften, Korruption und ungelöste zwischenstaatliche Konflikte.

Das Datum diene lediglich dazu, die Länder zu ermutigen, „sich konsequent auf den Weg zu ma-

chen“, versuchte Juncker die Nennung von 2025 zu verteidigen. Aber angesichts der übereilten Aufnahme Bulgariens und Rumäniens 2007 kommen Zweifel auf.

Denn diese Vorgangsweise Brüssels hat den beiden Ländern am meisten geschadet, vor allem durch die Massenauswanderung der besten Arbeitskräfte. Bulgarien hat



Seit fast 19 Jahren versuchen KFOR-Taufungsmision der UNO im Kosovo Re

Chef Juncker will die Pedale treten

...glieder der Europäischen Union sein



...Europas, den Staats- und Regierungschefs der sechs Westbalkanstaaten, ...Aufgabe für Erweiterungskommissar Johannes Hahn (4.v.r.).

heute rund eine Million weniger Einwohner als 2007, Rumänien hat seit 1992 sogar mehr als zwei Millionen Einwohner „verloren“.

Sicherheitsprobleme

Als Gründe für einen möglichst schnellen EU-Beitritt der Balkan-Länder nannte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen: „Wenn es in einem dieser Länder ein Sicherheitsproblem gibt, dann ist das automatisch auch ein Sicherheitsproblem für die EU.“



...Truppen und die Übergangsverwaltungsstaatlichkeit herzustellen.

Aber diese Probleme wie Islamismus oder organisierte Kriminalität hat die EU schon längst importiert, ohne dass diesen Ländern damit geholfen wurde.

Auch das wirtschaftliche Lockmittel mit dem „interessanten potentiellen Markt“ mit rund 18 Millionen Menschen ist ein verwegenes. Denn diesen Sprung hätten europäische Unternehmen schon längst gemacht, gäbe es nicht Korruption und fehlende Rechtssicherheit in diesen Ländern.

Wenig Fortschritte bisher

Fleißig investiert hat bisher Brüssel. Allein für 2018 sind bereits 1,07 Milliarden Euro an sogenannten Heranführungshilfen vorgesehen – zusätzlich zu den knapp neun Milliarden Euro, die für den Zeitraum 2007-2017 bereitgestellt wurden.

Die EU-Beitrittsverhandlungen sind in 35 Themenbereiche unterteilt. Die mit Abstand größten Fortschritte hat in den vergangenen Jahren Montenegro erzielt. Der Kleinstaat an der Adria verhandelt seit 2012 mit der EU über 27 Kapitel, drei konnten bereits vorläufig abgeschlossen werden. Serbien, der größte Beitrittskandidat, kommt seit 2014 auf zwölf geöffnete Kapitel, von denen zwei bereits vorläufig geschlossen sind.

KURZ UND BÜNDIG



Sexpartys bei Hilfeinsatz

Dass NGOs bei ihren Hilfeinsätzen nicht ganz so selbstlos agieren, wie sie gerne vorgeben, ist nun bei der vermeintlichen Vorzeihilfsorganisation „Oxfam“ ans Tageslicht geraten. Oxfam-Mitarbeiter sollen während ihres Einsatzes im Tschad 2006 wiederholt Prostituierte in ihr Quartier eingeladen und auch bei ihrem Einsatz nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti 2010 Sexorgien mit Prostituierten veranstaltet haben. Brüssel hatte deren Arbeit in Haiti 2011 mit 1,7 Millionen Euro unterstützt. Jetzt ist die britische Vizechefin der Hilfsorganisation, Penny Lawrence, zurückgetreten: Sie übernehme die „volle Verantwortung“ für das Verhalten der Mitarbeitern.

Rückkehr nach Afghanistan

Laut dem Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind seit Beginn des Jahres 2018 mehr als 52.000 afghanische Flüchtlinge aus den beiden Nachbarländern Iran und Pakistan nach Afghanistan zurückgekehrt, da sie keine ordnungsgemäßen Registrierungsdokumente vorweisen konnten. 2.160 Afghanen kehrten dem Bericht zufolge aus Pakistan und knapp 50.000 aus dem Iran in ihre Heimat zurück. Die Internationale Organisation für Migration bestätigte, dass die Rückkehr der von diesen beiden Staaten abgelehnten afghanischen Asylwerber freiwillig erfolgte.



Irak fehlen 100 Milliarden Dollar beim Wiederaufbau

Nach der Erklärung des Sieges über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hofft der vom Krieg zerstörte Irak, Milliarden von Dollar von privaten Investoren und Gebern für den Wiederaufbau zu gewinnen.

Das Land leidet noch immer unter den Folgen des IS, der Teile seines Territoriums in Trümmern gelegt und Millionen von Menschen vertrieben hat.

Der Irak ist zwar reich an Rohstoffen, aber die Öl-, Strom- und Fertigungsinfrastruktur sowie die Grundversorgung mit Wasser müssen dringend überholt und oder generalsaniert werden.

„Der Irak muss 100 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau aufbringen“, legte Premierminister Haider Al Abadi auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine erste Kostenschätzung vor. Da dies nicht aus dem Budget finanzierbar ist, will man ausländische Investitionen ins Land holen.

Für die ist vor allem lukrativ, dass der Irak auf gewaltigen Rohöl-

reserven, die auf 153 Milliarden Barrel beziffert werden, sitzt. Aber der jahrelange Kriegszustand hat die Öleinnahmen geschmälert.

Zudem leben noch immer rund 2,6 Millionen Vertriebene im eigenen Land, so die Internationale Organisation für Migration (IOM). „Es gibt enorme Zerstörungen und einen enormen Bedarf, Unterstützung zu mobilisieren“, hofft auch Erfan Ali, Irak-Vertreter des UNO-Programms für Siedlungen, auf rasche Wiederaufbauhilfe.



Irak sucht dringend Investoren.

TERMINE

FEBRUAR
20 **Seniorenstamm-**
tisch in Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Dienstag, dem 20. Februar 2018, zu ihrem Seniorenstammtisch ins Gasthaus „Auszeitüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Referentin: FPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreterin Katharina Krammer. Beginn: 15.00 Uhr.

FEBRUAR
21 **Stammtisch der**
FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 21. Februar 2018, zu ihrem Stammtisch ins Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Referentin: Abgeordnete Jessi Lintl berichtet über „Aktuelles aus dem Nationalrat“. Beginn: 19.30 Uhr.

FEBRUAR
21 **Bürgerstammtisch**
im 15. Bezirk

Die FPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus lädt am Mittwoch, dem 21. Februar 2018, zu ihrem „Bürgerstammtisch“ in die Pizzeria „Ramazotti“ (Meiselstraße 13, 1150 Wien). Referent ist der neubestellte Landespartei sekretär der FPÖ-Wien, Landtagsabgeordneter Michael Stumpf. Beginn: 19.00 Uhr.

FEBRUAR
22 **Bürgerstammtisch**
der FPÖ Favoriten

Die FPÖ Landstraße lädt am Donnerstag, dem 22. Februar 2018, zu ihrem „Bürgerstammtisch“ ins Gasthaus „Nepomuk“ (Trostrasse 60, 1100 Wien). Referent: FPÖ-Mediensprecher im Parlamentsklub Hans-Jörg Jenewein berichtet zur Medienpolitik der FPÖ. Beginn: 18.30 Uhr.

FEBRUAR
24 **Preisschnapsen der**
FPÖ-St.Aegidi

Die oberösterreichische FPÖ-Ortsgruppe St. Aegidi lädt am Samstag, dem 24. Februar 2018, zu ihrem alljährlichen „Preisschnapsturnier“ ins Gasthaus „Kirchenwirt“ (4725 St. Aegidi 1). Beginn: 19.00 Uhr. Anmelde-möglichkeit zur Teilnahme besteht ab 18.00 Uhr.

LESER AM WORT


Von der Demo zum Ball

Wie jedes Jahr am Donnerstag vor dem Faschingsende fand der Ball der Bälle statt, der Opernball. Die genervten ORF-Zwangsgebührenzahler durften das Spektakel auf „ihrem Sender“ mitverfolgen. Ha, und dann tauchte der Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seiner Ehefrau auf. Jener Frau Schmidauer, die nach diverser Informationen im Verdacht steht, in der Vergangenheit bei den damals noch gewalttätigen Opernball-Demonstrationen aktiv dabei gewesen zu sein. Upps, zumindest kann man das im Internet nachlesen.

Dagmar Leitner, Lieboch


Rotfunk statt Staatsfunk

Jetzt ist sie wieder aktueller denn je, die Debatte rund um die ORF-Gebühren. Nicht nur, weil sie viel zu hoch sind, obwohl der Staatsfunk nebenbei auch Werbe-millionen scheffelt. Aber mit qualitativ hochwertigen Eigenproduktionen glänzt der ORF wirklich

nicht. Und schon gar nicht, wenn es um seriöse Berichterstattung geht. Während man den „Liederbuchskandal“ rund um den FPÖ-Spitzenkandidaten leidenschaftlich ausschaltete, wurden die Vergehen von SPÖ-Politikern vergleichsweise widerwillig am Rande kurz erwähnt. Und jetzt wird dem Tiroler FPÖ-Spitzenkandidaten Markus Abzwerger vorgeworfen, auf einen antisemitischen Sager eines Mannes nur wohlwollend genickt zu haben. Der ORF fand es seriös, den Protest von Abzwerger einfach wegzuschneiden. Wird schon niemand merken und der SPÖ helfen, oder?

Christian Stafflinger, Linz

Wem nützt das?

Neue Mißbrauchsfälle im Sport, auch Jahrzehnte zurückliegend? Das Auffallendste an diesen Anschuldigungen ist der Zeitpunkt, nämlich knapp vor Beginn der olympischen Winterspiele, obwohl unendlich viel Zeit dafür vorhanden war. Ist diesen Anklägerinnen, die selbst einst Spitzensportler waren, überhaupt klar, dass sie mit diesem Zeitpunkt der Veröffentlichung Unruhe im jetzigen Team der Sportler bringen werden? Aber vielleicht wurden sie im Hintergrund von Leuten dazu animiert, denen die Leistungen unserer Sportler immer schon ein Dorn im Auge waren und somit, ohne sich

selbst die Finger schmutzig machen, auch ihren Zweck erreichen.

Karl Blumauer, Krieglach


Zahlen für Illegale?

Ein betrunkenere 38-jähriger, obdachloser Mongole fällt in Wien im Rausch vor die U-Bahn. Die meisten Zeitungen haben die Herkunft des guten Mannes nicht erwähnt. Wer bezahlt jetzt die Spitalskosten für den Mann? Wird er auf unsere Kosten noch auf Kur geschickt? Der Illegale gehört nach Erstversorgung sofort abgeschoben – oder wollen uns die linken Weltverbesserer einreden, daß der einmal unsere Pensionen bezahlen wird? Wenn ihn die Wiener Politiker weiter bei uns haben wollen, dann sollen sie ihn bei sich zu Hause aufnehmen und sämtliche Kosten für ihn übernehmen. Ich sehe nicht ein, daß mein Steuergeld für Illegale verwendet wird.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.

Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450

Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



173-seitige Anklage zum Versagen der SPÖ-Wien

Rechnungshofbericht zum Krankenhaus Nord: Planlose Bauherren

Der nun vorliegende Rohbericht des Rechnungshofes (RH) bestätigt die schlimmsten Befürchtungen der Freiheitlichen. Die FPÖ fordert ganz klare Konsequenzen, auch strafrechtliche, gegen die Verantwortlichen in der Wiener SPÖ.

Auf 173 Seiten fällen die RH-Prüfer, die aufgrund einer FPÖ-Initiative aktiv wurden, ein vernichtendes Urteil über die Großbaustelle Krankenhaus Nord in Wien-Floridsdorf. Und das trifft insbesondere den Bauherren, den Krankenanstaltenverbund (KAV).

Denn der habe „keine stabile, durchgängige Projektorganisation gewährleisten“ können, da ihm die Ressourcen zur Wahrnehmung der Bauherrenfunktion fehlten und er Projektmanagement-Leistungen zunehmend an externe Auftragnehmer ausgelagert habe. Und selbst dann fehlte dem KAV „ausreichend



Nach dem AKH-Skandal jetzt das Krankenhaus-Nord-Desaster.

internes Know-how, um seine Interessen selbst durchsetzen“ und die Bauausführung innerhalb der Kosten- und Terminvorgaben abzuwickeln zu können.

FPÖ fordert Konsequenzen

„Die beiden zuständigen SPÖ-Stadträtinnen Sandra Frauenberger und Sonja Wehsely haben dabei auf allen Ebenen versagt, im großen Stil wurde hier Steuer-

geld verschleudert“, kritisierte der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus. Erstes Ziel der Freiheitlichen sei es nun, allen Ursachen des Bauskandals auf den Grund zu gehen und in weiterer Folge die Entscheidungsträger zur Verantwortung zu ziehen, kündigte Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp an: „Dieses Desaster muss politische Konsequenzen nach sich ziehen!“

SPÖ-Wien und ihre „Privat-Investoren“

Die Stadt Wien, oder die SPÖ Wien, hat sich mit „Heumarkt-Investor“ Michael Tojner nicht nur ein Problem mit der UNESCO eingehandelt, sondern bei dem Verkauf von 3.000 Sozialwohnungen jetzt auch noch welche mit dem Wirtschaftsministerium.

Über den Kauf der gemeinnützigen „Wohnbauvereinigung der Gewerkschaft öffentlicher Dienst“ (WBV-GÖD) gelangte ein Schweizer Investor an 3.000 mit Steuergeld geförderte Sozialwohnungen um insgesamt sechs Millionen Euro. Der „Österreichische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen“ (GBV), der als Revisionsverband auch Prüfgan ist, kritisierte das

Geschäft lautstark, das Ministerium fordert die Rückabwicklung, da das Ressort von Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig anscheinend geschlampt habe.

Dazu soll auch noch Ludwigs Amtsvorgänger, Rudolf Schicker, der als Aufsichtsrat in der WBV-GÖD fungiert, helfen, dass der Schweizer Investor nach einer Intervention Tojners auch noch Wohnbauförderungsmittel erhält.

„Wenn dem künftigen Bürgermeister Michael Ludwig 3.000 Sozialwohnungen nichts bedeuten, dann ist letztlich auch der gesamte Gemeindebau in akuter Gefahr“, bemerkte dazu Wiens FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp.



Nepp kritisiert die „Privatisierung“ des sozialen Wohnbaus in Wien.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



„Was ist denn nur mit meiner Oma los?“ fragt seit Monaten ein Bub im Fernsehen. Das geht mir zwar auf die Nerven, aber der ORF verdient dran, und ob die Leut' deshalb mehr von der gepriesenen Salbe kaufen, ist mir wurscht.

Ungebührlich

Aber es kommt viel Geld in die ORF-Kassa, und der Herr Wra-betz könnte zufrieden sein. Er redet gern vom Sparen, und man sieht ja, wie gespart wird. Ganzseitige Inserate für die Übertragung des Opernballs bezeugen das, es hätte ja sonst niemand Opernball geschaut... Das Geld für so ein unnötiges Inserat hätt' ich gern.

Auch die Marie für die Co-Moderatoren bei Skiübertragungen wär' mir recht, allerdings wüsste ich dann nicht, dass der Hirscher viel Zeit im Steilhang mitgenommen hat und dass die Körpersprache der Lindsey Vonn bei der Zwischenzeit großartig war.

Mein Pizza-Wirt in der Marc-Aurel-Straße hat deshalb im Einvernehmen mit seinen Gästen den Weltcup-Ton abgedreht. Und abdrehen sollte man auch die Gebühren-Gier des ORF. Die gar nicht so üblen Privaten finanzieren sich ja auch via Reklame. Denn hörte man zu werben auf, hätt' ma schnell den Scherben auf.

Die Küniglberger aber möchten gern auf einem goldenen Topferl sitzen.

VORARLBERG **Positive Reform**

Die freiheitliche Frauensprecherin im Vorarlberger Landtag, Nicole Hosp, begrüßte die angekündigte Strafrechtsreform der türkis-blauen Bundesregierung im Bereich von Sexualdelikten: „Es kann nicht genügend restriktive Maßnahmen geben, um Gewalt, sexuellen Missbrauch und Misshandlungen von Frauen und Kindern zu verhindern.“ Zusätzlich sollte eine ausreichende Finanzierung für Opferschutzmaßnahmen und Programme, die zum Schutz der Frauen vor jeglicher Form von Gewalt beitragen, gesichert werden.

NIEDERÖSTERREICH **Blumige Gespräche**

Bereits am 10. Februar verteilte die Traiskirchner FPÖ, angeführt von Stadtrat Anton Lojowski und Klubobmann Reinhard Langthaler (Bild), verfrühte Valentinstagsgrüße an die Traiskirchnerinnen. Der jährliche Valentinstagsgruß ist seit Jahren ein Fixpunkt in Traiskirchen, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.



Foto: FPÖ/Traiskirchen

SALZBURG **FPÖ-Kritik wirkte**

Nachdem die FPÖ Kritik am zahnlosen Fairnessabkommen zur Landtagswahl geübt und auf fehlende Sanktionen bei Zuwiderhandlung hingewiesen hat, wurde das Abkommen nachgeschärft. „Ein Fairnessabkommen sollte kein mediatisiertes Politikum, sondern das Papier, auf dem es steht, auch wert sein. Da unsere Forderungen nun weitestgehend berücksichtigt und Sanktionen vorgesehen sind, werden wir unsere Unterschrift auch nicht verweigern“, erklärte FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek. Mit Blick auf bisherige Wahlkämpfe – insbesondere auf den Nationalratswahlkampf im vergangenen Jahr – äußerte Svazek die Hoffnung, dass Plakat-Vandalismus und Schmutzkübel-Kampagnen den Salzburgern diesmal erspart bleiben könnten.

Einsatz des Bundesheeres beim Grenzschutz ist unerlässlich

2017 wurden an Kärntens Grenzen 4.414 Illegale aufgegriffen

Verteidigungsminister Mario Kunasek versprach zur Aufrechterhaltung der Landesverteidigung einen Ausbau der Heeres-Infrastruktur in Kärnten.

Alleine in Kärnten sollen in den nächsten zwei Jahren rund zehn Millionen Euro in die Erhaltung, Sanierung und Verbesserung der bestehenden Kasernen-Infrastruktur investiert werden, kündigte der FPÖ-Verteidigungsminister bei seinem Kärntenbesuch vergangene Woche an. So etwa das Projekt eines Neubaus der Henselkaserne in Villach.

KÄRNTEN 

Foto: Klaus-Ingram/Kropf

Bekenntnis zu Heer und zu Kärnten: Kunasek (l.) und Darmann.

Heer bleibt in Kärnten aktiv

Kärntens FPÖ-Chef und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 4. März, Gernot Darmann, betonte, dass das Bundesheer schon in der Vergangenheit bei Naturkatastrophen ein verlässlicher Partner Kärntens gewesen sei – und

dass dies auch in Zukunft so bleiben werde. „Die Kärntner haben bei der Volksbefragung 2013 daher auch quasi als Dank dafür zu fast zwei Dritteln für den Erhalt der Wehrpflicht gestimmt“, erinnerte der FPÖ-Obmann.

In Zusammenarbeit von Polizei und Bundesheer wurden im Vorjahr 2.130 illegal nach Österreich eingereiste Personen aufgegriffen und weitere 2.284 unberechtigte Personen konnten, aus Italien kommend, an der Einreise gehindert werden.

TIROL 

Keine Einsicht beim ORF

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger zeigte sich verwundert, dass sich das ORF-Landesstudio Tirol bezüglich des manipulierten Wahlkampfbeitrages (Siehe Seite 13) noch immer zu keiner offiziellen Entschuldigung habe aufraffen können. „Nach dem skandalösen Beitrag am Freitag

hat die Chefredakteurin des ORF Tirol bis heute weder Einsicht gezeigt, noch irgendeine Form der Entschuldigung gefunden. Auch die angebliche ‚Klarstellung‘ am Samstagabend im ORF-Tirol war zusätzlich missverständlich und manipulativ“, kritisiert Abwerzger.

Einzig positiv zu beurteilen sei, dass die für den skandalösen Beitrag verantwortliche Redakteurin auf Druck der ORF-Generaldirektion von der Moderation der „Elefantenrunde“ abgezogen wurde. „Wenn der ORF-Tirol glaubt, dass für uns Freiheitliche die Sache damit erledigt ist, dann hat er sich getäuscht. Konsequenzen für die Chefredakteurin sind aufgrund ihres mangelnden Schuldbewusstseins unabdingbar“, betont Abwerzger.

Er forderte auch eine klare Stellungnahme vom Tiroler ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter dazu: „Allgemeine Plattitüden sind hier eindeutig zu wenig.“



Foto: FPÖ/Tirol

Abwerzger empört über die Nicht-Reaktion des ORF.

OBERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ/Wels

Nach Sanierung jetzt Investitionen

Nach erfolgreicher zweijähriger Budgetsanierung konnte der Welscher FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl für heuer ein umfangreiches Investitionsprogramm vorstellen: „Aufgrund der schwierigen Budgetlage kam es zu einem Rückstau bei Investitionen in die Infrastruktur. Ziel im Jahr 2018 ist daher, diese zu beheben und Impulse für die Weiterentwicklung der Stadt als gefragten Wirtschaftsstandort, wo man sicher und leistungsfähig lebt.“ Neben den bereits budgetierten Investitionen sollen wegen der guten Wirtschaftsentwicklung weitere Projekte vorbereitet werden.

BURGENLAND 



FPÖ will eine Fortsetzung der von Brüssel nur bis November erlaubten Grenzkontrollen.

Grenzkontrollen weiter aufrechterhalten!

FPÖ will eine Fortsetzung der im April auslaufenden Grenzkontrollen

Im November laufen die Fahrzeug- und Personenkontrollen an den Grenzübergängen zu Slowakei und Ungarn aus. FPÖ-Chef Tschürtz will Beibehaltung.

Derzeit führen Exekutive und Bundesheer an der Grenze zu Ungarn und zur Slowakei Fahrzeug- und Personenkontrollen durch. Wenn es nach dem Willen der EU gehen sollte, müssten diese Sicherheitsmaßnahmen Ende November eingestellt werden. Das allerdings will FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz so keinesfalls hinnehmen.

„Ich bin dafür, dass diese Grenzkontrollen auch über den November hinaus aufrechterhalten werden“, betonte der freiheitliche Landeshauptmannstellvertreter, denn „Sicherheit ist eine staatliche Kernkompetenz, die wir Freiheitlichen ernst nehmen“.

Grenzschutz – so lange wie nötig

Dazu wisse er Innenminister Herbert Kickl ganz auf seiner Linie, sagte der FPÖ-Landesvize. Solange ein echter Schutz an der Schengen-Außengrenze nicht gegeben sei, müsse Österreich selbst streng kontrollieren, wer ein- und

ausreise, begründete der burgenländische FPÖ-Landesparteichef seine Forderung, hinter der auch die burgenländische Landesregierung stehe.

Tschürtz verwies auch darauf, dass er bei dieser Forderung auch die Burgenländer hinter sich wisse: „Dass das Burgenland das sicherste Bundesland Österreichs geworden ist, ist nicht zuletzt auf die Kontrollen von Heer und Polizei an den Grenzen zurückzuführen. Das hat sich auch bei den kriminellen Elementen in Ost- und Südosteuropa herumgesprochen. Und das soll so bleiben!“

Reine Abschreibe-Übung

Die Freiheitlichen stellten vergangene Woche bei einer Pressekonferenz acht Anträge zur Verbesserung der Prüfmechanismen zwischen Landes- und Gemeindeebene vor. In der Landtagssitzung am vergangenen Mittwoch wurden alle FPÖ-Initiativen von den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Statt die Forderungen des Freiheitlichen Landtagsklubs zu unterstützen, brachten Rot und Schwarz gestern einen nahezu wortgleichen Entschließungsantrag ein. „Es ist schlichtweg peinlich, dass die bei-

den Regierungsfractionen nicht über ihren Schatten springen konnten, die freiheitlichen Initiativen ablehnten und eine überflüssige Abschreibeübung in Kauf nahmen, nur um nicht den Freiheitlichen Recht geben zu müssen“, wundert sich FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann. Diesen beiden Parteien gehe es, im Gegensatz zur FPÖ, nicht um Sachpolitik. Denn die Freiheitlichen haben den – zwar abgeschriebenen – schwarz-roten Antrag unterstützt, da er Verbesserungen nach sich ziehen werde.

STEIERMARK 



Hermann: „Schön, dass SPÖ und ÖVP unseren Antrag kopierten.“



Johann Tschürtz
FPÖ-Landesparteiobmann Burgenland

LÄNDER-
SACHE

Das Thema Sicherheit steht bei der burgenländischen Landesregierung nach den Erfahrungen aus dem Herbst 2015 hoch im Kurs. Wir haben mit unseren Maßnahmen das Burgenland in den letzten beiden Jahren zum sichersten Bundesland Österreichs gemacht.

Sicherheit geht vor

Bei unserer letztwöchigen Klausur standen das Auslaufen der von der EU genehmigten Grenzkontrollen, die Novellierung des Landespolizeistrafgesetzes und des Feuerwehrgesetzes im Mittelpunkt.

Die beiden letzteren Gesetzesmaterien sind schon sehr weit gediehen, und im Februar wird sich dazu auch der Landessicherheitsrat konstituieren. Dieser soll sich regelmäßig mit den Blaulichtorganisationen und dem Militärkommando abstimmen und so die Landesregierung in strategischen Sicherheitsfragen unterstützen.

Auch das von uns Freiheitlichen initiierte Projekt der „Sicherheitspartner“ wird fortgesetzt, deren soziale Kompetenz wird sogar noch verstärkt.

Bezüglich der im November auslaufenden Grenzkontrollen werden wir im Landtag mit unserem Koalitionspartner SPÖ gemeinsam eine Resolution an die Bundesregierung und an das Europaparlament verabschieden, in der diese aufgefordert werden, dass eine Sicherung der österreichischen Außengrenzen so lange stattzufinden hat, so lange die EU-Außengrenzen nicht ordentlich geschützt werden.

Es ist eine staatliche Kernkompetenz, für die Sicherheit seiner Staatsbürger zu sorgen. Wir Freiheitlichen sind der Garant dafür, dass das auch umgesetzt wird.

GEZWITSCHER



Christofer Ranzmaier

@CRanzmaier



Wo bleibt eigentlich die öffentliche Kritik der Tiroler Parteispitzen abseits der #FPÖ am #ORF-Manipulationsskandal? Deren scheinheilige Kritik an @abwerzger wirkte ja schon fast choreographiert.

11.02.18 07:22

Könnte es sein, dass sie im Verbund mit dem ORF nur daran interessiert sind, der FPÖ zu schaden?

Esistsoarg

@norstabu



Im ORF glaubt man, sich für die „gute Sache“ alles erlauben zu können. Und um die FPÖ anzuputzen, darf schon mal ein deppoter Antisemit im öffentlich-rechtlichen TV ableiern.

11.02.18 03:27

Das ist keine Glaubensfrage im ORF, das ist dessen Dogma.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

14.02.2018

Was ist eigentlich mit dem ORF los??? Am Königlberg folgt ein Skandal dem nächsten! Wann ist endlich Schluss damit?



95.005 Personen haben das Video gesehen.

Wohl erst nach einer Reform des von Rot-Grün gekaperten staatlichen Rundfunks.

Nächster ORF-Skandal, um den Freiheitlichen zu schaden

ORF manipuliert Bericht über antisemitischen „Sager“ im Wahlkampf

Das ORF-Landstudio Tirol hat bei einem Bericht über eine antisemitische Äußerung die Erwiderung der beiden FPÖ-Spitzen herausgeschnitten.

Ein „Tirol heute“-Bericht am vergangenen Freitag hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst und Rücktrittsforderungen an den Tiroler FPÖ-Chef Markus Abwerzger nach sich gezogen. Darin war zu sehen, dass Abwerzger auf antisemitische Aussagen eines Bürgers nur mit Nicken reagiert hatte – bevor der Bericht mit den Worten „ein blauer Landtagswahlkampf auf Hochtouren“ abmoderiert wurde.

Entlarvende ORF-Reaktion

Abwerzger reagierte empört auf diese verfälschte Darstellung. Er



Abwerzger mit dem, laut ORF, antisemitischen „FPÖ-Fan“.

forderte den ORF dazu auf, das gesamte Material zu veröffentlichen. Denn er wie auch FPÖ-Klubobmann Rudi Federspiel hätten den Mann zurechtgewiesen. Dieser Aufforderung kam der ORF mit einer modifizierten Version des Beitrags in der „Mittags-ZiB“ am Samstag nach, in dem die Antworten der beiden zu hören waren.

Aber eine Entschuldigung des ORF für die Manipulation blieb bisher aus. Einen Fehler des ORF ortete die Chefredakteurin des ORF Tirol aber nicht. Den Beitrag habe eine „erfahrene Journalistin“ gemacht, die wisse, „wo sie kürzt, ohne sinnentstellend zu sein“. Also war es doch die Intention, der FPÖ Antisemitismus zu unterstellen?

FPÖ IN DEN MEDIEN

Was die SPÖ gekonnt hat, traut der „Presse“-Leitartikler Oliver Pink der FPÖ nicht zu. Zwar haben auch bei der SPÖ zwei Politiker (Sepp Rieder und Caspar Einem) die Kommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit des Bundes So-



zialistischer Akademiker (BSA) geleitet, doch man hat externe Experten hinzugeholt. Genau das hat auch die FPÖ vor. Aber den Freiheitlichen ist eben nicht zu trauen.

Weil es gerade im Zusammenhang mit der FPÖ so in Mode ist, an den NS-Jargon anzustreifen, greift auch die „Wiener Zeitung“ bei ihrem Vorbericht zum Aschermittwochtreffen der Alternative



für Deutschland (AfD) darauf zurück, bei dem FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky als Gastredner geladen ist. Ein „Völkischer Aschermittwoch“ soll im niederbayerischen Osterhofen über die Bühne gehen, vermutet die Staatszeitung.

JETZT NEU

HC Strache und die FPÖ auf Instagram

www.instagram.com/fpoe_at
www.instagram.com/hcstrache

„Wir sind gekommen, um zu bleiben!“

HC Strache verspricht beim Rieder Aschermittwoch eine lange blaue Regierungsperiode

Die Befürchtungen, dass ein Vizekanzler HC Strache beim traditionellen „Politischen Aschermittwoch“ in Ried nur „staatsmännisch gebremst“ auftreten könnte, haben sich nicht erfüllt. Auch wenn der FPÖ-Bundesparteiobmann bei den Passagen über die Regierungs-beteiligung einen sachlich nüchternen Ton anschlug.

Bei den mehr als 2.000 FPÖ-Sympathisanten, die auch zu diesem 27. „Politischen Aschermittwoch“ in der Rieder Jahnturnhalle kamen, fand er volle Zustimmung bei seinen Ausführungen zum Regierungsprogramm, zur SPÖ-Fundamentalopposition oder zum ORF.

Es war ein besonderes Treffen diesmal, wie Gastgeber, Landesrat und Rieds FPÖ-Bezirksparteiobmann Elmar Podgorschek bei seiner Begrüßung hervorhob: „So viele Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene und gar einen Vizekanzler hatten wir bisher noch nie hier im Innviertel!“

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner kritisierte Linke und Intellektuelle, die überall in Österreich Antisemiten erblicken würden, aber nicht unter den Einwanderern, die sie willkommen geheißen haben: „Es waren aber keine Österreicher, die im Wien des Jahres 2017 israelische Fahnen auf offener Straße verbrannten!“

HC Strache betonte gleich zu Beginn seiner Rede, dass die Freiheitlichen auch in Regierungsverantwortung, die kein wirklich Zuckerschlecken sei, niemals den Kontakt zu den Bürgern aufgeben werden: „Hin zu den Menschen – das war immer mein Motto, und das wird es auch bleiben!“

Die FPÖ sei überhaupt anders, denn welche Partei habe in einer Koalition nach nur wenigen Wochen schon so viele Wahlversprechen umgesetzt wie die FPÖ, erklärte der FPÖ-Chef und listete auf: der Familienbonus Plus, Deutschklassen für ausländische Schüler,



Auch als Vizekanzler setzte HC Strache die Tradition in Ried fort, diesmal mit Schwerpunkt auf der erfolgreichen blauen Reformpolitik.

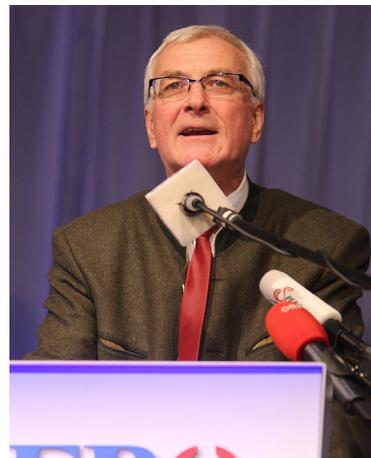
die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, eine Reduzierung der Familienbeihilfe ins Ausland und die jetzt angelaufene Sicherheitsoffensive.

„Die Weichen für den rot-weiß-roten Schnellzug wurden gestellt, und er fährt mit vollem Tempo in die richtige Richtung“, betonte

HC Strache, ehe er auf die SPÖ zu sprechen kam: „Das einzige, wo die Roten noch recht aktiv sind, das ist das ‚dirty campaigning‘ gegen die FPÖ. Mittlerweile zwar ohne Silberstein, dafür mit dem ORF.“ Und er wiederholte unter dem Applaus der Menge die Forderung nach Abschaffung der ORF-Zwangsgebühr.



Mit dabei auch die Dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller, Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs und der FPÖ-Abgeordnete Wolfgang Klinger zur Freude des Veranstalters Erhard Weinzing (im Bild unten links, mit dem Linzer Vizebürgermeister Detlef Wimmer.



Gastgeber Elmar Podgorschek (l.), begrüßte ganz besonders den frisch gebackenen Vater, Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner (r.) und natürlich die über 2.000 Besucher in der Jahnturnhalle.





„Viele kleine Schritte sind notwendig, um auf den Gipfel zu kommen ...“

HC Strache

Zusammen. FÜR UNSER ÖSTERREICH. REGIERUNGSPROGRAMM 2017 – 2022

Am 18. Dezember 2017 wurde die neue Bundesregierung angelobt, schon zwei Tage zuvor haben der nunmehrige Vizekanzler HC Strache und der Bundeskanzler Sebastian Kurz das Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ der Öffentlichkeit präsentiert.

Es ist dem FPÖ-Verhandlungsteam gelungen, die freiheitliche Handschrift in diesem Regierungsprogramm deutlich sichtbar zu machen. Sie findet sich in weit mehr als 50 Prozent der beschlossenen Maßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden sollen. In vielen Bereichen wurden Kompromisse geschlossen, die jedoch allesamt ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Umsetzung freiheitlicher Kernforderungen sind.

Die Regierungsmitglieder der FPÖ sind:

- Heinz-Christian STRACHE
Vizekanzler und Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport
- Ing. Norbert HOFER
Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
- Herbert KICKL
Bundesminister für Inneres
- Dr. Karin KNEISSL
Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
- Mario KUNASEK
Bundesminister für Landesverteidigung
- Mag. Beate HARTINGER-KLEIN
Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

und Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

- MMag. DDr. Hubert FUCHS

Damit Sie sich ein Bild von den Zielen und Maßnahmen der neuen Regierung machen können, hat das FPÖ-Bildungsinstitut eine Broschüre erstellt, aus der das alles kurz und bündig ersichtlich wird.

! Diese Broschüre erhalten alle Parteimitglieder in den nächsten Tagen per Post, allen weiteren Interessenten schicken wir gerne ein Exemplar zu. !

Bestellung im FPÖ-Bildungsinstitut:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder
per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

www.fpoe-bildungsinstitut.at